

## **EINLADUNG - Korrektur**

46. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Klimaschutz, Liegenschaften und Grünflächen - Zoom-Meeting  
Bitte melden Sie sich im BV-Büro an. Sie erhalten dann die Zugangsdaten.

---

**Sitzungstermin:**            **Dienstag, 16.02.2021, 17:30 Uhr**

**Raum, Ort:**                **Zoom-Meeting**

---

### **Tagesordnung**

- 1    Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2    Annahme der Niederschrift der 44. Sitzung
- 3    Investitionsprogramm 2021 - 2025 - Bereich: Umwelt, Natur- und Klimaschutz, Liegenschaften und Grünflächen (DS-Nr.1787/5)
- 4    Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung **1739/5**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen    *(Um vert., HH ffd.)*
- 5    Ehrenamtliches Pflegen und Begrünen von Baumscheiben unterstützen **1731/5**  
SPD-Fraktion
- 6    Straßen sicher mit Licht **1741/5**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7    Klimafreundliche und effiziente Neubauten für unseren Bezirk **1698/5**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8    Waldgerechte Sanierung des Uferwegs am Grunewaldsee **1760/5**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9    Sicherheit und Aufenthaltsqualität des Skateparks am Heidelberger Platz verbessern **1748/5**  
AfD-Fraktion
- 10   Inklusion auf Spielplätzen! **1715/5**  
AfD-Fraktion    *(Um vert., HH ffd.)*
- 11   Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung

## 12 Verschiedenes

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Drews  
Ausschussvorsitzende

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Wapler/Özbagci/Boden

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1739/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung**

Die BVV möge beschließen:

Anknüpfend an die Beschlusslage der BVV DS 1425/5 wird das Bezirksamt aufgefordert, den Einstieg in eine Rekommunalisierung der Schulreinigung modellhaft bereits im kommenden Jahr zu erproben. Dazu ist unverzüglich in Verhandlungen mit Senat und Abgeordnetenhaus einzutreten, um die finanziellen Voraussetzungen durch eine zweckgebundene Mehrzuweisung für eine Schulreinigung durch kommunales Personal an mehreren Standorten zu schaffen. Die Reinigungskräfte sind grundsätzlich einzelnen Schulen zuzuordnen. Hierbei ist insbesondere die Wahl von unterschiedlichen Schulformen und Größen zu berücksichtigen, um bereits frühzeitig eine Vergleichbarkeit zwischen der bezirklichen und privaten Reinigung zu erzielen.

Sobald die Finanzierung durch das Land Berlin gesichert ist bereitet das Bezirksamt die Reinigung aller Schulgebäude durch Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst vor. Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2022/2023 ist die dafür erforderliche finanzielle und personelle Ausstattung zu berücksichtigen. Auslaufende Reinigungsverträge mit privaten Reinigungsfirmen sind nur zu verlängern, wenn eine bezirkliche Reinigung im entsprechenden Zeitraum nicht gesichert werden kann. Nach Ablauf der Verträge werden die für Schulgebäude notwendigen Reinigungskräfte im Rahmen einer Festanstellung beim Bezirksamt beschäftigt.

Der BVV ist erstmalig bis zum 31. Januar 2021 zu berichten.

**Begründung:**

Für den Lernerfolg ist ein sauberes Umfeld unabdingbare Voraussetzung. In vielen Schulgebäuden werden die Reinigungsverträge sehr ungenügend eingehalten, indem Räume nicht vollständig gereinigt werden oder die Nassreinigung zu selten vorgenommen wird.

Das Reinigungspersonal arbeitet meist in Subunternehmen unter prekären Arbeitsbedingungen und kann in begrenzten Zeitfenstern die erforderlichen qualitativen Anforderungen nicht erfüllen.

Auf Initiative von „Schule in Not“ hat die BVV am 20. Februar 2020 für die Rekommunalisierung der Schulreinigung gestimmt. Jetzt müssen Taten folgen. Auf Landesebene wurde dazu der „Runde Tisch Schulreinigung“ eingerichtet. Angesichts der Größe des Vorhabens ist es geboten, nunmehr mit der Umsetzungsplanung zu beginnen. Dabei sind die insbesondere die erforderlichen und die tatsächlich vorhandenen Haushaltsmittel in den Blick zu nehmen. Für den Einstieg in die kommunale Schulreinigung sind die Unterstützung des Landes und zusätzliche Mittel im Bezirkshaushalt erforderlich.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Burth/Dr. Buß

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 1731/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Ehrenamtliches Pflegen und Begrünen von Baumscheiben unterstützen**

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, Bürger\*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf aktiv bei der Pflege und Begrünung von Baumscheiben zu unterstützen. Dabei sind Angebote und Erfahrungen anderer Berliner Bezirke (z.B. Tempelhof Schöneberg) zu nutzen. Der BVV ist ein entsprechendes Konzept vorzulegen, das auch die BVV-Beschlüsse 378/5 (von 08/2018) und 1570/5 (von 06/2020) zu denen bis heute kein Bericht des Bezirksamts vorliegt, integriert. Im Konzept ist insbesondere eine tatkräftige Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement der Bürger\*innen durch das Bezirksamt (zum Beispiel durch Beratung und den Verleih von Arbeitsgeräten und Bewässerungsanlagen) vorzusehen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

**Begründung:**

Obwohl im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf bereits im vergangenen Jahr der Klimanotstand festgestellt wurde und auch nach Auskunft des Bezirksamts insbesondere Straßenbäume zunehmend durch Hitze- und Dürreperioden geschädigt werden, ist trotz der zwei zurückliegenden Beschlüsse der BVV noch keine Aktivität des Bezirksamts in dieser Richtung erkennbar. Das muss sich spätestens bis zum Frühjahr 2021 ändern. Darüber hinaus steht der Entwurf des Bezirkshaushalts 2022/23 bevor, in dem diese Maßnahmen auch haushaltsseitig untersetzt

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1741/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Straßen sicher mit Licht**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der Senatsverwaltung für eine schnellere Reparatur und Sanierung der Gasleuchten einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.3. 2021 zu berichten.

**Begründung**

Ca 20% der gasbetriebenen Lampen im Bezirk sind defekt. Die Sanierung dauert wesentlich länger als geplant. Von daher ist eine schnelle Reparatur erforderlich, damit keine Angsträume aufgrund mangelnder Beleuchtung entstehen.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Wapler/Centgraf/Drews

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 1698/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Klimafreundliche und effiziente Neubauten für unseren Bezirk**

Die BVV möge beschließen:

In B-Plänen bzw. in städtebaulichen Verträgen in Charlottenburg-Wilmersdorf soll festgelegt werden:

1. Neubauten werden im Niedrigstenergiestandard (KfW-Effizienzhaus 40) oder nach Möglichkeit im Energie-Plus-Standard realisiert.
2. Neubauten sollen eine klimaneutrale Jahresbilanz der Energieversorgung nachweisen.
3. Es sind intelligente Technologien, wie z.B. smarte Thermostate zu verbauen, um Emissions- bzw. Energieeinsparungen zu ermöglichen.

Ausnahmen von dieser Regel müssen im Einzelfall gegenüber der Bezirksverordnetenversammlung begründet werden.

Der BVV ist bis zum 31.1. 2021 zu berichten.

**Begründung:**

Unser Bezirk hat vor einiger Zeit den Klimanotstand ausgerufen, um im eigenen Handlungsbereich angemessen auf die sich immer mehr verschärfende Klimakrise reagieren zu können. Über 40% der Treibhausgasemissionen in Berlin und damit wohl auch in unserem Bezirk werden durch die Energienutzung in Gebäuden, überwiegend den „Verbrauch“ von Wärmeenergie erzeugt. Es ist also notwendig und zwingend, hier mit allen sich bietenden Möglichkeiten gegenzusteuern.

Durch ambitionierte Energieeffizienzstandards sind erhebliche Einsparungen des Wärmebedarfs von Gebäuden und damit auch von Treibhausgasen möglich. Der Bezirk hat

die Möglichkeit in B-Plänen bzw. in städtebaulichen Verträgen Energieeffizienzstandards für Neubauten vorzugeben bzw. zu vereinbaren. Diese Möglichkeiten werden bspw. von der Stadt Freiburg seit 2009 genutzt. Die Umsetzung dieser Standards können zu höheren Baukosten führen, reduzieren jedoch wiederum die Energie- und damit die Betriebskosten. Auf diese Weise können höhere Energieeffizienzstandards zu einer höheren Wirtschaftlichkeit über die gesamte Lebensdauer des Gebäudes führen. Entscheidende Kostenfaktoren für die Miete in Großstädten sind derzeit vor allem die Grundstückskosten.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Wapler/Drews

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1760/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Waldgerechte Sanierung des Uferwegs am Grunewaldsee**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, mit dem Senat Planung und Durchführung einer der Lage im Wald angemessene Sanierung des Uferwegs um den Grunewaldsee zu verhandeln. Insbesondere die Randbereiche, Böschungen und Treppen sind Instand zu setzen und gegebenenfalls zu erneuern.

Der BVV ist bis zum 31.12.2021 zu berichten

Begründung:

Der Uferweg um den Grunewaldsee ist das am meisten genutzte Ausflugsziel im Charlottenburg-Wilmersdorfer Bereich des Grunewalds, insbesondere wegen seiner Zulassung als Hundeauslaufgebiet. Seit Jahren ist ein starker Verfall des Böschungsschutzes und des Zugangs über Treppen, die zum großen Teil aus Sicherheitsgründen gesperrt werden mussten, festzustellen.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
AfD-Fraktion  
Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 1748/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Sicherheit und Aufenthaltsqualität des Skateparks am Heidelberger Platz verbessern**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, überprüfen zu lassen, ob die Beleuchtung des Skateparks am Heidelberger Platz für die Sicherheit der Nutzer ausreichend ist. Bei Feststellung von Mängeln bei der Beleuchtung sind diese umgehend zu beheben. Das Bezirksamt soll ferner veranlassen, dass am Skatepark Mülleimer aufgestellt werden, um der Verschmutzung und Vermüllung des Skateparks entgegenzuwirken. Für die Nutzer und ihre Begleiter soll eine mobile Toilette aufgestellt werden.

Der BVV ist bis zum 28. Februar 2020 zu berichten

**Begründung:**

Die Beleuchtung unter der Autobahnbrücke ist völlig unangemessen für eine Sportstätte. Für die Benutzer des Skateparks können sich daraus Unfallrisiken ergeben. Gute Sicht muss für die Skater jederzeit gewährleistet sein. In der dunklen Jahreszeit ist bereits am Nachmittag eine Situation gegeben, welche die Nutzung gefährlich macht. Weil es keine Mülleimer rund um die Bahn gibt, sammelt sich viel Abfall an. Die Örtlichkeit sieht völlig verwahrlost aus. Für die Skater und ihre Begleitpersonen gibt es keine Möglichkeiten für eine Toilettenbenutzung. Deshalb ist das Umfeld der Bahn durch Kot und Urin verschmutzt, was nicht nur unhygienisch ist, sondern auch eine Geruchsbelästigung bewirkt. Eine mobile Toilette kann hier Abhilfe schaffen.

## Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
5. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

AfD-Fraktion

Seyfert/Markus Bolsch/von Ertzdorff-  
Kupffer

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag**

**DS-Nr: 1715/5**

Beratungsfolge:
-----------------

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

### **Inklusion auf Spielplätzen!**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt möge prüfen, inwiefern auf - von der Größe her geeigneten Spielplätzen! - Schaukeln für Rollstuhlfahrer, wie es sie schon in Spanien gibt, installiert werden können.

Sollte das möglich sein, soll das Bezirksamt ein Pilotprojekt zu solchen Schaukeln an einem geeigneten Standpunkt initiieren.

Der BVV ist bis zum 28.02. 2021 zu berichten.